Schriftliche Fragen

**mit den in der Woche vom 25. August 2014
eingegangenen Antworten der Bundesregierung**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 22	Liebing, Ingbert (CDU/CSU)	35
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	42, 43
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 26, 27	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	28, 29
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	2	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Groth, Annette (DIE LINKE.)	8, 9, 10	Poß, Joachim (SPD)	18, 19
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	11, 12, 41	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31	Schieder, Marianne (SPD)	37
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	16	Schneider, Carsten (Erfurt) (SPD)	36, 38, 39
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33, 34	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 23	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	5, 6
Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	3, 4	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	13, 14
		Wöllert, Birgit (DIE LINKE.)	30

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzierung des zum Export nach Israel vorgesehenen U-Boots	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) Förderung von Dialog- und Versöhnungsprozessen zwischen den religiösen und ethnischen Gruppen im Irak 9
Ernst, Klaus (DIE LINKE.) Öffentliche Kontrolle der UNCITRAL-Transparenzregeln im CETA-Vertragstext zu Investor-Staat-Schiedsverfahren	Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern
Liebich, Stefan (DIE LINKE.) Höhe der im ersten Halbjahr 2014 erteilten Exportgenehmigungen für Kleinwaffenteile und -munition insgesamt und für die MENA-Staaten	Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Meinungsumfragen während der 17. Wahlperiode und entstandene Kosten 12
Ulrich, Alexander (DIE LINKE.) Stellungnahme zu den Streitigkeiten um das Tariftreuegesetz Rheinland-Pfalz und um das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) Ausweisungsverfügungen gegen Ausländer im Jahr 2013 31
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors auf Pensionen und daraus resultierende Veränderungen 31
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bekämpfung der Finanzkanäle und Nachschubwege der Terrororganisation „Islamischer Staat“	Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen
Groth, Annette (DIE LINKE.) Verwendung von DIME-Munition bei der israelischen Armee	Poß, Joachim (SPD) Gutachterliche Berechnungen zur Angabe der kommunalen Finanzkraft beim horizontalen Finanzausgleich 32
Maßnahmen zur Auflösung der Blockade des Gazastreifens	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geordnete Abwicklung der US-Operationen der Deutschen Bank AG 33
Jüdische Teilnehmer am sogenannten Machal-Programm und nichtjüdische Teilnehmer am sogenannten Sar-El-Programm in der israelischen Armee	Erhöhung der Transparenz bei den Sanierungs- und Abwicklungsplänen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht 34
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) Beschuss mehrerer VN-Einrichtungen im Gazastreifen durch israelische Streitkräfte	
Teilnehmer des Treffens des EU-Kommissars Štefan Füle zu „medialen Herausforderungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft“ am 30. Juni 2014	

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auswirkungen der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit von Bulgaren und Rumänen auf den deutschen Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungssysteme 35	
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nichterreichen der Regelaltersgrenze bei Arbeitnehmern mit hohen physischen und psychischen Belastungen 37	
Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung internationaler Vorgaben beim Hinweisgeberschutz 38	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beteiligung an der UN-Mission MINUS-CA in der Zentralafrikanischen Republik 39	
Nutzung des Stützpunkts Termez in Usbekistan durch die Bundeswehr 40	
Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.) Durchführung des NATO-Manövers Rapid Trident 2014 in der Ukraine 40	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	
Wöllert, Birgit (DIE LINKE.) Meldepflicht für Lyme-Borreliose bzw. auslösende Borrelia-Arten zur Verbesserung der epidemiologischen Datenlage 41	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wegfall des Eindrehbereichs der Flugzeuge bei den Planungen zum Konzept „Optimierung Gesamtsystem An- und Abflug @ FRA, Modified Arrival Routes (MAR) Stufe 1“ 43	
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Möglicher Verzicht auf die Kontrolle der Mautplaketten in grenznahen Regionen und Beeinträchtigung des sogenannten kleinen Grenzverkehrs durch die geplante Pkw-Maut 44	
Abfrage von Fahrzeugdaten beim Kraftfahrt-Bundesamt durch Rettungsdienste am Einsatzort 44	
Liebing, Ingbert (CDU/CSU) Inkrafttreten des Entwurfs zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen 45	
Schneider, Carsten (Erfurt) (SPD) Installation von sogenannten Asphaltkralen zum Schutz vor Falschfahrern 45	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
Schieder, Marianne (SPD) Möglicher Bau eines atomaren Endlagers in der Nähe des Ortes Manovice bei Klattau durch die tschechische Regierung 46	
Schneider, Carsten (Erfurt) (SPD) Förderung von Projekten im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimentelle Wohnungs- und Städtebau“ in Erfurt und Weimar durch das BMUB seit 2010 47	

<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Hänsel, Heike (DIE LINKE.)
	Förderung von Forschungen zur Multi-Biometrischen Gesichts- und Ohrenerkennung (GES-3D) durch das BMBF 48	Beschädigte oder zerstörte Projekte der EU bzw. Deutschlands durch die israelische Militäroffensive im Gazastreifen 49
		Movassat, Niema (DIE LINKE.)
		Zuwendungen für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria im Haushaltsentwurf 2015 . . . 51
		Untergrabung der Ernährungssicherheit und der partizipativen nachhaltigen Entwicklung durch großflächige Landakquisitionen in Mali 52

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

1. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird das im Juli 2014 vom Bundessicherheitsrat endgültig genehmigte U-Boot für den Export nach Israel konkret finanziert (bitte genau nach jeweiliger Kostenbeteiligung und Konditionen aufschlüsseln)?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski vom 28. August 2014

Wie in der Antwort zu Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 17/10012 vom 15. Juni 2012 mitgeteilt, hat sich die Bundesregierung an den Kosten für U-Boote für Israel beteiligt. Bei dem hier angesprochenen U-Boot handelt es sich um eines von zwei U-Booten, für die insgesamt Bundesmittel in Höhe von 333 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wurden. Die Finanzierungsbeiträge wurden durch den Deutschen Bundestag gebilligt und sind im Haushaltsplan ausgewiesen. Darüber hinaus hat die Bundesregierung für dieses U-Boot Exportgarantien (sog. Hermesdeckungen) übernommen.

2. Abgeordneter
**Klaus
Ernst**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern genügen die UNCITRAL-Transparenzregeln im finalisierten CETA-Vertragstext zu Investor-Staat-Schiedsverfahren nach Ansicht der Bundesregierung der „in jedem Rechtsstaat selbstverständlich gewordene[n] Kontrolle durch die Öffentlichkeit“ (vgl. Deutsche Richterzeitung 07-08/2014, S. 240) angesichts dessen, dass laut Artikel X.33 Absatz 6 CETA zwar keine Bestimmung im vorliegenden Kapitel vom Beklagten verlangt, der Öffentlichkeit Informationen vorzuenthalten, deren Veröffentlichung gesetzlich vorgeschrieben ist, aber dies so gehandhabt werden soll, dass keine Informationen veröffentlicht werden, die als vertrauliche oder geschützte Informationen gekennzeichnet sind, und gilt bei Investor-Staat-Klagen nicht immer das Argument, dass Vertraulichkeit gewahrt werden muss, weil „die Unterrichtungen typischerweise Informationen über prozessuale Handlungen [Vattenfalls] und deren Inhalte [enthalten], die sich als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse darstellen, bei deren Bekanntwerden in der Öffentlichkeit ggf. Schadensersatzansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen werden können“ (vgl. Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom August 2014 auf meine Anfrage an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages zum laufenden ICSID-

Schiedsverfahren von Vattenfall gegen die Bundesregierung), so dass eine vertrauliche Behandlung die Regel wäre?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 27. August 2014**

Die UNCITRAL Transparency Rules 2014 (Rules) schaffen einen Ausgleich zwischen den Interessen Dritter an der Veröffentlichung von Dokumenten der Parteien eines Schiedsverfahrens und von Entscheidungen des Schiedsgerichts und den Interessen der Streitparteien an dem Schutz von vertraulichen oder geschützten Informationen. Die Reichweite des Geheimnisschutzes wird in Artikel 7 Absatz 2 der Rules näher beschrieben. Nicht veröffentlicht werden sollen u. a. Informationen des beklagten Staates, die nach dessen Recht nicht veröffentlicht werden dürfen, z. B. Informationen, die nach dem nationalen Datenschutzrecht nicht weitergegeben werden können. Nach Artikel 7 Absatz 3 der Rules entscheidet letztlich das Schiedsgericht nach Anhörung der Parteien, ob und inwieweit der geltend gemachte Geheimnisschutz tatsächlich greift.

Artikel X.33 Absatz 6 CETA modifiziert Artikel 7 Absatz 2 der Rules in Richtung auf eine möglichst weitgehende Veröffentlichung auch von geschützten Informationen durch den beklagten Staat. Es wird herausgestellt, dass der Staat sich zwar auf Artikel 7 Absatz 2 der Rules berufen kann, dies aber nicht muss. Er wird außerdem ermutigt, mit dem nationalen Verbot einer Veröffentlichung „sensitiv“ umzugehen, d. h. eine Veröffentlichung soweit möglich zu fördern.

Die Rules gelten seit dem 1. April 2014. Sie finden auf das Schiedsverfahren Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland nach dem Energiecharta-Vertrag, das vorher begonnen hat, keine Anwendung.

3. Abgeordneter **Stefan Liebich** (DIE LINKE.) In welcher Gesamthöhe wurden im ersten Halbjahr 2014 Genehmigungen für den Export von Kleinwaffenteilen und -munition (bitte unter Angabe der Einzelsummen für Kleinwaffen, Kleinwaffenteile und Kleinwaffenmunition) erteilt?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 27. August 2014**

Der Begriff der Kleinwaffe ist international nicht einheitlich definiert. Die Bundesregierung folgt durchgängig der Kleinwaffendefinition der EU, die auch dem Rüstungsexportbericht zugrunde liegt.

Nach vorläufiger Auswertung wurden im ersten Halbjahr 2014 folgende Genehmigungen erteilt:

Güter	Wert in €
Kleinwaffen	16.369.192
Teile für Kleinwaffen	4.979.700
Kleinwaffenmunition	14.882.700
- davon Kleinwaffenmunition nach Kriegswaffenliste	2.013.472
Teile für Kleinwaffenmunition	3.011.138

4. Abgeordneter **Stefan Liebich** (DIE LINKE.) In welcher Höhe wurden im ersten Halbjahr 2014 Genehmigungen für den Export von Kleinwaffenteilen und -munition an die MENA-Staaten (MENA = Middle East and North Africa) erteilt (bitte pro Land nach Ausfuhrlistenposition, Bezeichnung, Stückzahl und Wert aufschlüsseln)?

Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer vom 27. August 2014

Die Bundesregierung betrachtet bei der Beantwortung dieser Frage folgende Länder und Gebiete als zur MENA-Region gehörig: Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Zum Export von Kleinwaffen und Kleinwaffenteilen an die MENA-Staaten wurden nach vorläufiger Auswertung im ersten Halbjahr 2014 folgende Genehmigungen erteilt:

Land	Genehmigungen	AL-Pos.	Bezeichnung	Wert in €
Jemen	2	A0001A	4 Stück Maschinenpistolen [VN-Mission];	9.942
			4 Stück Teile für Maschinenpistolen [VN-Mission]	260
Libanon	2	A0001A	5 Stück Teile für Gewehre [VN-Mission];	97
			27 Stück Teile für Maschinenpistolen [VN-Mission]	578
Oman	2	A0001A	7.021 Stück Ersatzteile für Gewehre	96.593
Saudi-Arabien	2	A0001A	10.185 Stück Kleinteile für Gewehre im Rahmen einer Lizenzfertigung	54.017
VAE	1	A0001A	30 Stück Gewehre (Ausnutzung einer im Jahr 2013 erteilten KWKG-Genehmigung)	45.000
Gesamt	9		17.276 Stück	206.487

Zum Export von Kleinwaffenmunition an die MENA-Staaten wurden nach vorläufiger Auswertung im ersten Halbjahr 2014 folgende Genehmigungen erteilt:

Land	Genehmigungen	AL-Pos.	Bezeichnung	Wert in €
Libanon	1	A0003A	17.000 Stück Munition für Gewehre [VN-Mission]	6.460
Oman	2	A0003A	74.940 Stück Munition für Gewehre	26.418
Saudi-Arabien	1	A0003A	3.000 Stück Munition für Gewehre	7.200
Gesamt	4		94.940 Stück	40.078

5. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Streitigkeit um das Tariftreuegesetz Rheinland-Pfalz durch das Oberlandesgericht Koblenz vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH – C-115/14 – RegioPost GmbH & Co. KG), eine Stellungnahme einzubringen (bitte begründen)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 27. August 2014**

Die Bundesregierung wird in dem Verfahren C-115/14 (RegioPost) eine Stellungnahme abgeben, um ihre Rechtsauffassung darzulegen.

6. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)
- Welche Überlegungen führten dazu, dass die Bundesregierung nach meinen Informationen im Rahmen der Streitigkeit um das Tarifreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (C-593/13) vor dem EuGH keine Stellungnahme eingebracht hat?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 27. August 2014**

Die Bundesregierung verteidigt in Verfahren vor den europäischen Gerichten grundsätzlich die Unionsrechtskonformität des deutschen Rechts – sowohl des Bundesrechts als auch des Landesrechts – und wird dies auch in Zukunft tun. Dabei berücksichtigt sie die Position der betroffenen Länder. Dies gilt vor allem dann, wenn die Länder nach übereinstimmender Auffassung der Bundesregierung in einem Bereich ihrer Gesetzgebungsbefugnis betroffen sind und der Bund kein Recht zur Gesetzgebung hat. In dem angesprochenen Fall bestanden insofern Zweifel an der Einordnung des Verfahrens. Daher hat die Bundesregierung von einer Stellungnahme abgesehen.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung national und im Rahmen der EU unternommen oder was plant sie, um entsprechend der Resolution 2170 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 15. August 2014 die Finanzkanäle und Nachschubwege der Terrororganisation „Islamischer Staat (IS)“ trocken-zulegen, etwa im Hinblick auf personenbezogene Sanktionen (Einfrieren von Konten, Reisebeschränkungen) gegenüber Staatsangehörigen der Golfstaaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate), damit diese ihre Unterstützung für die islamistischen Kämpfer einstellen?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 28. August 2014**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Terrororganisation IS unter den von ihr jeweils verwendeten Bezeichnungen bereits seit dem Jahr 2004 als terroristische Organisation gelistet. Mit VN-Sicherheitsratsresolution 2170 (2014) wurden fünf Personen zusätzlich gelistet. Die Sanktionen des VN-Sicherheitsrates – die über die Europäische Union auch von Deutschland konsequent in nationales Recht umgesetzt werden – beinhalten Vermögenseinfrierungen inklusive Kontensperrungen, Reiseverbote und ein Waffenembargo. Deutsche, die sich der Terrororganisation anschließen, machen sich strafbar.

Die Sanktionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gelten für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, also auch für die Golfstaaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate), die ebenso wie die Bundesregierung verpflichtet sind, diese im nationalen Rahmen umzusetzen.

8. Abgeordnete **Annette Groth** (DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung in Bezug auf die Anschuldigung vor, die israelische Armee habe im Gazakrieg 2014, im Gazakrieg 2008 sowie im Libanon-Krieg 2006 DIME-Munition eingesetzt, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus (www.dw.de/r%C3%BCckkehr-in-einerst%C3%B6rte-heimat/a-17833616; www.inamo.de/index.php/israel-palaestina-beitragen/items/menschenrechtsorganisation-al-haq-veroeffentlichte-einen-bericht-ueber-die-verwendung-von-dime-munition-in-gaza.html; www.jungewelt.de/2014/08-15/042.php)?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 26. August 2014**

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse über die in den angegebenen Quellen dargelegten Vorfälle.

9. Abgeordnete **Annette Groth** (DIE LINKE.) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den einstimmig gefassten Beschluss des Deutschen Bundestages vom Juli 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2328), dass die Bundesregierung auf ein Ende der Blockade des Gazastreifens hinwirken soll, umzusetzen?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 26. August 2014**

Die Bundesregierung weist regelmäßig und auf allen Ebenen in ihren bilateralen Gesprächen mit der israelischen Regierung auf die dringende Notwendigkeit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Gaza hin.

Innerhalb der EU wird augenblicklich auf Initiative des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier und seiner französischer und britischer Kollegen geprüft, wie u. a. die EU-Grenzunterstützungsmission European Union Border Assistance Mission (EUBAM) Rafah reaktiviert werden kann, die die Bewegungsfreiheit der Menschen in Gaza deutlich verbessern helfen könnte.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren konsequent humanitäre Hilfe in Gaza geleistet. Die Unterstützung von Entwicklungsvorhaben in Gaza ist zudem integraler Bestandteil der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit. Im Jahr 2013 hat die Bundesregierung der Palästinensischen Behörde 60 Mio. Euro im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und 21,5 Mio. Euro für humanitäre Hilfe zugesagt. Seit Beginn der aktuellen Gazakrise hat die Bundesregierung bereits zusätzliche Mittel in Höhe von 29,5 Mio. Euro bereitgestellt, darunter 9,5 Mio. Euro für humanitäre Hilfe, sowie Mittel für schnell wirksame Vorhaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

10. Abgeordnete **Annette Groth** (DIE LINKE.)
- Wie viele Freiwillige jüdischen Glaubens haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren im so genannten Machal-Programm und wie viele Freiwillige nicht-jüdischen Glaubens haben in den letzten fünf Jahren im so genannten Sar-El-Programm in der israelischen Armee gedient (bitte nach Jahren, dem jeweiligen Programm, dem Herkunftsland und dem Alter der Freiwilligen aufschlüsseln) (www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/deutscher-in-israelischer-armee-zum-urlaub-in-uniform-in-die-negev-wueste-12203.html; www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/15440; www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/israels-armeetouristen-urlaub-in-uniform-a-690836.html; www.hagalil.com/archiv/2006/08/chayalim.htm; www.dw.de/amerikanische-freiwillige-in-israels-armee/a-16207060)?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 26. August 2014**

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse zu den angefragten Informationen.

11. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche rechtlichen Konsequenzen wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Beschuss mehrerer VN-Schulen und VN-Einrichtungen mit zahlreichen toten Zivilisten im Gazastreifen durch die israelischen Streitkräfte für die israelische Regierung haben, und mit welchen politischen Initiativen wird sich die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 25. August 2014**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in einer Erklärung des Vorsitzenden vom 28. Juli 2014 darauf hingewiesen, dass zivile und humanitäre Einrichtungen, einschließlich derjenigen der VN, respektiert und geschützt werden müssen und hat alle Parteien zur Einhaltung dieser Prinzipien aufgefordert.

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat mit Resolution S-21/1 vom 23. Juli 2014 eine unabhängige internationale Kommission zur Untersuchung aller Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts, die in den Palästinensischen Gebieten während der Militäroperation seit dem 13. Juni 2014 begangen wurden, eingesetzt. Nach Abschluss der Untersuchungen wird die Kommission dem Menschenrechtsbeirat berichten.

Völkerrechtlich hat Israel das Recht, seine Bevölkerung vor Raketenangriffen aus Gaza zu schützen. Die Bundesregierung hat aber stets betont, dass grundlegende Regeln des humanitären Völkerrechts im Gazastreifen einzuhalten sind. Insbesondere muss alles für den Schutz der Zivilbevölkerung getan werden. Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier hat dies bei seinem Besuch im Nahen Osten kurz nach Ausbruch des Konflikts gegenüber allen Parteien deutlich gemacht.

Die Bundesregierung hat sich von Beginn an gemeinsam mit ihren Partnern aktiv für einen sofortigen Waffenstillstand sowie für eine nachhaltige politische Lösung eingesetzt. So hat die Bundesregierung die Verhandlungen in Kairo unter anderem durch einen gemeinsamen Vorschlag der deutschen, französischen und britischen Außenminister unterstützt. Die EU hat zuletzt am 15. August 2014 beim Treffen der EU-Außenminister ihre Bereitschaft wiederholt, einen Beitrag zu leisten. Eine mögliche Unterstützungsleistung könnte die Reaktivierung der seit dem Jahr 2007 suspendierten Grenzunterstützungsmission EUBAM Rafah sein.

Damit der Waffenstillstand dauerhaft sein kann, müssen Schritte vorgesehen werden, die sowohl die Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigen, als auch die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Gaza ermöglichen. Das übergeordnete Ziel muss eine Rückkehr zu Gesprächen über eine Zwei-Staaten-Lösung bleiben, die der einzige Weg für dauerhaften Frieden in der Region ist.

12. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Medienaktive der Östlichen Partnerschaft (ÖP), Vertreter von Think Tanks, des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Europäischen Kommission haben an dem Treffen des EU-Kommissars Štefan Füle zu „medialen Herausforderungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft“ am 30. Juni 2014 teilgenommen (bitte wenn möglich unter Angabe der Entsendeländer), und wie wurden insbesondere die Medienvertreter für diese Zusammenkunft ausgewählt?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer
vom 25. August 2014**

Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der Europäischen Kommission und der Partnerländer, aktiv auf mehr Sichtbarkeit und Aufklärung in den Ländern der ÖP hinzuwirken. Die Bundesregierung begrüßt hierzu eine enge Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren.

Bei dem Treffen am 30. Juni 2014 handelte es sich um ein informelles Brainstorming auf Einladung des EU-Kommissars Štefan Füle. Das Treffen fand mit etwa 40 Teilnehmern im kleinen Kreis statt. Über die Auswahlkriterien und die konkrete Zusammensetzung der eingeladenen Medienvertreter wurde von EU-Kommissar Štefan Füle und dessen Kabinett eigenständig entschieden. Der Bundesregierung liegt weder eine Teilnehmerliste vor, noch sind ihr die Auswahlkriterien bekannt.

13. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2003 konkret unternommen, um Dialog- und Versöhnungsprozesse zwischen den verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen im Irak zu fördern, und welche Mittel hat sie dafür insbesondere aus den Haushaltstiteln des Einzelplans 05 Titel 687 34 (Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das Auswärtige Amt), des Einzelplans 23 Titel 866 01/Titel 866 91 (Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit) und Titel 896 03 (Bilaterale Technische Zusammenarbeit) sowie aus weiteren Haushaltstiteln aufgewendet?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer
vom 29. August 2014**

Das Auswärtige Amt hat sich seit dem Jahr 2003 im Irak intensiv engagiert. Seither sind über 400 Mio. Euro im bilateralen und internationalen Rahmen geflossen. Im Kontext der „Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung“ stellte der Irak in den ver-

gangenen Jahren eines der Schwerpunktländer dar. Seit dem Jahr 2003 wurden rund 45 Mio. Euro in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Medien, Demokratie, Behandlung von Traumata, Aussöhnung und Berufsbildung eingesetzt. Die Schwerpunkte deutscher Hilfe sind der Aufbau des Rechtsstaats (Justiz- und Strafvollzugswesen), Menschenrechte, Bildung (Hochschulkooperation), Kultur und die Reintegration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen durch Wirtschafts- und Wiederaufbaumaßnahmen. Mehr als 2 500 Iraker (Ingenieure, Richter, Diplomaten, Journalisten, Beamte etc.) haben seit dem Jahr 2003 an Ausbildungskursen teilgenommen. Diese Maßnahmen tragen aufgrund ihres inklusiven Ansatzes auch zur gesellschaftlichen Aussöhnung zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen bei. Bei der Umsetzung der für das Jahr 2014 bewilligten bzw. geplanten Projekte besteht die zusätzliche Schwierigkeit in der äußerst prekären Sicherheitslage vor Ort.

Beispiele für Förderprojekte der letzten Jahre sind:

- die Gründung einer Gedenkstätte bzw. eines Sozialforums für überlebende Frauen der Anfal-Kampagnen in Rizgary durch die deutsche Nichtregierungsorganisation (NRO) Haukari e. V. (seit dem Jahr 2009);
- der Aufbau von sechs Traumata-Rehabilitationszentren für Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Irak (Kirkuk, Erbil, Sulaimania, Halabja, Chamchamal und Dohuk), implementiert durch die deutsche Nichtregierungsorganisation Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin (bzfo) bzw. die irakische NRO Kirkuk Center for Torture Victims (seit dem Jahr 2006) wurden im Rahmen dieses Programms über 10 000 Menschen medizinisch, psychologisch und sozial betreut;
- die Unterstützung der Medienakademie in Erbil: Kurse und Schulungen für (Nachwuchs-)Journalisten, dreisprachige Website (Arabisch, Englisch, Kurdisch) zu Politik, Medien und Kultur im Irak (niqash), Start im Jahr 2009 durch die Media in Cooperation and Transition gGmbH (MICT), basierend auf einem Netzwerk irakischer Korrespondenten;
- Stärkung demokratischer Regierungsführung und effizienter Verwaltung, Kapazitätsaufbau für Verwaltungspersonal der Provinz Kirkuk durch die Friedrich-Naumann-Stiftung auf der Grundlage ihrer Expertise in Konfliktlösungen und Krisenbewältigung in Gebietsauseinandersetzungen (2011 bis 2013);
- Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Armeeangehöriger (des Saddam-Regimes) mit dem Ziel der Aussöhnung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Schaffung alternativer Einkommensquellen und Betätigungsfelder für potentiell destabilisierende Bevölkerungsgruppen; Zielgruppe des Pilotprojektes waren 500 sogenannte Söhne des Irak und ihre Familien (über die Internationale Organisation für Migration, IOM, 2012 bis 2013);
- Unterstützung des Felsberg-Instituts, das in Zusammenarbeit mit den Universitäten Kirkuk und Erbil sowie internationalen Experten mehrere Konferenzen zum Thema „Hintergründe politischer

Gewalt im Irak und Ansätze zu ihrer Bekämpfung“ durchgeführt hat (2012 bis 2013).

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) führt bilaterale EZ-Maßnahmen (EZ: Entwicklungszusammenarbeit) seit dem Jahr 2003 mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Mio. Euro durch (davon bilaterale Technische Zusammenarbeit ca. 20 Mio. Euro) oder hat diese bereits abgeschlossen. Darin enthalten sind rund 20 Mio. Euro für Nothilfemaßnahmen und Krisenreaktion (IKRK, UNHCR, UNICEF, WEP, Misereor), zuletzt im Kontext der Syrienkrise seit dem Jahr 2012. Nach Verschärfung der Krise im Jahr 2014 hat das BMZ am 13. August 2014 20 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen (entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe ESÜH/bilateral) für den Irak zur Verfügung gestellt, darunter 3 Mio. Euro für Nichtregierungsorganisationen und Kirchen zur Unterstützung ihrer Partner im Irak.

Beispiele aus der Förderung der letzten Jahre im Kontext Aussöhnung sind:

- Von 2006 bis 2010 wurden Mitarbeiter des Ministeriums für Menschenrechte, des Justizministeriums und von Justizvollzugsanstalten als Multiplikatoren zu Menschenrechten in Deutschland (bis 2007) und Ägypten fortgebildet. Ein arabischsprachiges Trainingshandbuch wurde in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte entwickelt (GIZ, Volumen: 3,7 Mio. Euro).
- Von 2009 bis 2011 wurde ein Projekt in der Region Kurdistan-Irak zum Schutz von Frauen vor Gewalt in Sulaimania (Haukari e. V.) gefördert. Seit April 2013 führt Haukari e. V. ein neues Vorhaben mit dem sozialen und kulturellen Zentrum für Frauen und Mädchen KHANZAD durch mit dem Ziel, die Lebenssituation von Frauen und Kindern in drei staatlichen Zufluchtshäusern zu verbessern.

14. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Aktivitäten der Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie weiterer internationaler Akteure zur Förderung von Dialog- und Versöhnungsprozessen zwischen den verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen im Irak seit dem Jahr 2003, und ist der Bundesregierung bekannt, ob entsprechende Mittel, die dafür aufgewendet wurden, an die Zentralregierung geflossen sind und von dort an geeignete lokale Akteure weitergeleitet wurden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer vom 29. August 2014

Die Bundesregierung fördert Projekte der Vereinten Nationen und internationaler Organisationen vor Ort und trug erheblich zur EU-Rechtsstaatsmission im Irak (EUJUST LEX Iraq) bei. Diese Maßnahmen leisten durch ihren inklusiven Ansatz, alle Bevölkerungs-

gruppen im Irak einzubinden, einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Aussöhnung zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen.

Die VN-Unterstützungsmission UNAMI (United Nations Assistance Mission for Iraq) wurde am 14. August 2003 durch die Resolution 1500 (2003) des VN-Sicherheitsrates geschaffen. Ihr Mandat wurde mehrfach erweitert, zuletzt umfassend im Jahr 2007, und beinhaltet derzeit u. a. die Unterstützung politischer und wirtschaftlicher Reformen, die Lösung von Konflikten über Binnengrenzbeziehungen, regionalen Dialog, die Reintegration ehemaliger Angehöriger illegaler bewaffneter Gruppen, die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, den Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatsaufbau sowie die nationale Versöhnung. Das breite Mandat wurde zuletzt im Juli diesen Jahres durch den VN-Sicherheitsrat einstimmig erneut bis zum 31. Juli 2015 verlängert. Insgesamt sind 20 VN-Organisationen im Irak aktiv.

Die EU-Mission EUJUST LEX Iraq dauerte von Juli 2005 bis Ende Dezember 2013 und unterstützte den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen im Irak durch Beiträge zur Entwicklung eines professionellen und leistungsfähigen irakischen Polizei- und Justizsystems sowie Maßnahmen zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards.

Neben den genannten sind weitere EU- und außereuropäische Länder sowie internationale Akteure im Irak aktiv. Die Umsetzung der Projekte und Maßnahmen erfolgte und erfolgt über staatliche und nichtstaatliche Akteure (z.B. Nichtregierungsorganisationen) im Irak.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Meinungsumfragen hat die Bundesregierung während der 17. Legislaturperiode (bitte nach den Auftraggebern Bundespresseamt, Bundeskanzleramt, Bundesministerien, oberste Bundesbehörden, nach beauftragten Unternehmen, Fragestellungen und Kosten jeweils einzeln aufschlüsseln) in Auftrag gegeben, und welche Kosten sind dabei für sämtliche Aufträge inklusive der spezifischen Meinungsforschung als Grundlage für Einzelaufgaben entstanden?

Antwort der Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe vom 27. August 2014

Die Antwort geht davon aus, dass es bei Meinungsumfragen darum geht, Meinungen, also Einsichten, Einstellungen, Überzeugungen, Stimmungen oder Wünsche der Bevölkerung im Wege einer systema-

tischen Befragung zu ermitteln. Auf der Basis eines repräsentativen Querschnitts der zu untersuchenden Grundgesamtheit werden hierbei Primärdaten gesammelt und anschließend unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden interpretiert.

Abgefragt wurden das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und die obersten Bundesbehörden im Bereich der Bundesregierung.

Die Tabellen geben jeweils für das einzelne Ressort die beauftragten Unternehmen, die Fragestellungen sowie die pro Ressort angefallenen Kosten an.

Die Kosten für sämtliche Aufträge der genannten Auftraggeber beinhalten jeweils den Kostenanteil für die spezifische Meinungsforschung als Grundlage für Einzelaufgaben.

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	Rheingold	Akzeptanz- und Wirkungstest zu Begrifflichkeiten rund um das SGB II
2	IFD Allensbach	Mehrstufige repräsentative Meinungsforschung zu dem Wissensstand der Bevölkerung über das ALG II sowie die Verbreitung und Verwendung der Begriffe "Grundsicherung für Arbeitsuchende", "Arbeitslosengeld II", "Sozialgeld" und "Hartz IV". Wahrnehmung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Regelsätzen im SGB II, Erwartungen, Wünsche, Hoffnungen, Befürchtungen und Ängste bezüglich der Neubemessung der Leistungen.
3	IFD Allensbach	Einschätzung der Bevölkerung zu unterschiedlichen Aspekten des Arbeitsmarktes. Erwartung über die zukünftige Entwicklung der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit sowie die Wahrnehmung des Fachkräftemangels.
4	TNS Emnid	Einstellung der Bevölkerung zum Thema Fachkräftesicherung.
5	IFD Allensbach	Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Sozialer Marktwirtschaft.
6	IFD Allensbach	Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Aspekten der Aufstiegsmobilität.
7	TNS Emnid	Themenfeld Fachkräftesicherung aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger.

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **318.735 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Auswärtiges Amt

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	GfK Custom Research, LLC 75 Ninth Avenue New York, NY, 10017 USA	Übermittlung der umfassenden Studienergebnisse, die im Rahmen des „Anholt-GfK Roper Nation Brands Index“ 2011, 2012, und 2013 hinsichtlich der Entwicklung des Deutschlandbildes im Ausland erstellt wurden.

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **55.565.87 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	dimap	Bekanntheitsgrad des BMZ
2	SINUS	Zielgruppenanalyse zum Erscheinungsbild des BMZ

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **128.378 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	ECOLOG-Institut für sozial-ökologische Forschung und Bildung	Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt
2	TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH	Bevölkerungsumfrage zum Umweltbewusstsein
3	dimap-Institut für Markt- und Politikforschung	Meinungsumfrage Kernenergie
4	Wilhelm innovative Medien GmbH	Nutzerumfragen zum Internetauftritt
5	SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH	Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **824.247 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für Gesundheit

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	IFT Institut für Therapieforchung München mit Unterauftrag an infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH, Bonn	Im Rahmen der Förderung des Epidemiologischen Suchtsurveys 2012 wurde eine bundesweite repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Sie untersucht Veränderungen der gesundheitlichen Situation und der Lebensgewohnheiten von Erwachsenen in Deutschland. Neben Gesundheits- und Freizeitverhalten ist der Gebrauch von Genuss- und Suchtmitteln ein Schwerpunkt der Studie.
2	TNS Infratest Sozialforschung GmbH Landsberger Str. 338 80687 München	Mit dem 2008 eingeführten Pflege- Weiterentwicklungsgesetz wurden wichtige Strukturveränderungen im Recht der Pflegeversicherung verankert. Es ist von zentraler Bedeutung, wie die Neuregelungen in der Praxis ankommen und wo ggf. Nachsteuerungsbedarf besteht. Deshalb wurde eine Studie zu den Wirkungen des Pflege- Weiterentwicklungsgesetzes durchgeführt, bei der u.a. auch die Einschätzung von Betroffenen und Pflegenden erhoben wurde.
3	Com X	Evaluation der Wirkung der BMG-Dialog-Kampagne Nov/Dez 2010 - Stopperanzeigen zum Versorgungsstrukturgesetz, repräsentative Umfrage
4	GMS Dr. Jung GmbH	Repräsentativbefragung zum Publikationsangebot des BMG, Sept- Oktober 2013

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **945.789,68 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	TNS EMNID Medien- und Sozialforschung GmbH	Befragung zum Thema "Altersbilder" in 2010
2	TNS EMNID Medien- und Sozialforschung GmbH	Befragung zum Thema "Altersbilder" in 2012
3	IFD Allensbach	Befragung junger Erwachsener zu Aspekten des demografischen Wandels
4	IFD Allensbach	Umfrage zur milieuspezifischen und lebenslauf(phasen)bezogenen Motivation bürgerschaftlich Engagierter sowie zur Identifizierung prototypischer Engagementsbiographien
5	IFD Allensbach	Monitor Familienleben: u.a. Familienpolitik, Familienleben
6	IFD Allensbach	Chancengerechtigkeit durch die frühe Förderung von Kindern Deutschland-Schweden
7	GfK Marktforschung	Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“: Rolle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Arbeitgeberattraktivität (2009)
8	IFD Allensbach	Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“: Status quo bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege in Deutschland (2010)
9	GfK Marktforschung	Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“: Einstellungen zur Arbeitszeitkultur in Deutschland (2011)

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
10	GfK Marktforschung	Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“: Rolle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Arbeitgeberattraktivität (Wiederholungsbefragung, 2012)
11	Ipsos Public Affairs	Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“: Status Quo der familienbedingten Teilzeit-beschäftigung in Deutschland (2013)
12	IFD Allensbach	Studie über staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürger: Kenntnis, Nutzung und Bewertung

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **1.117.173,90 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium der Finanzen

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	Forsa	Die Befragten wurden nach ihrer Einschätzung zur Arbeit von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auf drei Themenfeldern der Finanzpolitik (Haushalts- und Europapolitik, Finanzmarktregulierung) gebeten.

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **2.728,10 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	Forsa	Wert von Lebensmitteln
2	Forsa	Kennzeichnung von Lebensmitteln
3	emnid	Regionalität bei Lebensmitteln
4	Forsa	Mobiles Internet
5	Forsa	Wegwerfen von Lebensmitteln
6	Forsa	Einsatz und Umgang mit Gentechnik
7	Forsa	Dispozinsen
8	Forsa	Wahrnehmung Ländlicher Raum
9	infratest	Cloud Computing
10	infratest	Zu gut für die Tonne
11	infratest	Int. Grüne Woche / Landwirtschaft
12	Forsa	Bienen und Honig
13	Forsa	Schulverpflegung
14	Forsa	Erkennbarkeit von Schinkenimitaten
15	emnid	Ökobarometer 2012
16	emnid	Ökobarometer 2013

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **149.403,76 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium des Innern

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	Institut für Demoskopie Allensbach	Kundenbefragung zur Bekanntheit und Nutzung der einheitlichen Behördennummer 115 im Rahmen der Erstellung des Evaluationsberichts zum Ende des Pilotbetriebes der 115
2	Institut für Demoskopie Allensbach	Evaluation der Bekanntheit der einheitlichen Behördennummer 115 im Rahmen einer sogenannten „Omnibusumfrage“
3	BearingPoint / Steria Mummert Consulting	<p>Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung zum Stand der Umsetzung von Anwendungen mit dem Personalausweis und De-Mail im Herbst 2011; Fragestellungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie bekannt sind die Technologien eID und De-Mail und deren Anwendungen? • Wie wird das bestehende Informationsangebot zur eID bewertet? • Welche Mehrwerte und Hürden werden mit dem Einsatz der eID verbunden? • Wurden in den Behörden bereits Vorhaben mit der eID initiiert und / oder umgesetzt?

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **87.609 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	dimap	Deutschland in den kommenden 4 Jahren
2	dimap	Demographischer Wandel
3	dimap	Sparen in der Krise
4	dimap	Bundeswehr, Rente
5	dimap	Wirtschaft, Stuttgart 21, Zukunftsfähigkeit, Vorratsdatenspeicherung
6	dimap	Wirtschaft, Freiwilligendienst
7	dimap	Europa, Wirtschaft, Innere Sicherheit
8	dimap	Euro-Krise, Wirtschaft
9	dimap	Energie, Bundeswehr, Freiwilligendienst, Finanzkrise, Betreuungsgeld, Pflege
10	dimap	Alternde Gesellschaft etc.
11	dimap	Energie, Kinderbetreuung, Migration
12	dimap	Internet, Transparenz, Kita, Wiederholungsfragen
13	dimap	Demografie, Familie, Energiewende
14	dimap	Demografischer Wandel
15	dimap	Verbraucherschutz, Ernährung, Energiewende
16	dimap	Staatschulden, Familien, Innere Sicherheit etc.
17	Emnid	Schweinegrippe
18	Emnid	Klimaschutz und Klimapfibel
19	Emnid	Jahreswechsel, Jahresrückblick 2009

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
20	Emnid	Afghanistan
21	Emnid	Kernenergie
22	Emnid	EU / Griechenland
23	Emnid	Nachhaltigkeit
24	Emnid	Energiepolitik
25	Emnid	Energie II (Herbst 2010)
26	Emnid	Jahresrückblick 2010
27	Emnid	Europa II / Finanzkrise
28	Emnid	Europa
29	Emnid	Wirtschaft, Banken
30	Emnid	Außenpolitik, Afghanistan, Militärisches Eingreifen in Libyen
31	Emnid	EU, Euro II
32	Emnid	Selbstbild der Deutschen
33	Emnid	Politische Union
34	Emnid	EU
35	Emnid	Jahresrückblick 2011
36	Emnid	Generationen
37	Emnid	Das (vermutete) Image der Deutschen im Ausland
38	Emnid	Energiewende
39	Emnid	EU, Euro
40	Emnid	Altersvorsorge, Altersarmut
41	Emnid	Außenpolitik

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
42	Emnid	Jahresrückblick 2012
43	Emnid	EU, Euro
44	Emnid	Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften
45	Emnid	EU, Euro (Wiederholung der Fragen von 2/13)
46	Emnid	Energiewende
47	Emnid	Wichtigste Probleme u. Kompetenzen monatl., insg. 48 Monate
48	FGW/Ipos	Aufstockung der Politbarometerbefragungen f. Ostdeutschland
49	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 1. Welle 2010
50	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 2. Welle 2010
51	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 3. Welle 2010
52	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 1. Welle 2011
53	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 2. Welle 2011
54	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 3. Welle 2011
55	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 1. Welle 2012
56	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 2. Welle 2012
57	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 3. Welle 2012
58	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 1. Welle 2013
59	FGW/Ipos	Regierungsmonitor 2. Welle 2013
60	Forsa	Nichtwähler (Sekundäranalyse)
61	Forsa	Zufriedenheit mit Breg., wöchentlich
62	GMS	Allg. polit. Stimmung + Integration
63	GMS	Allg. polit. Stimmung + HartzIV

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
64	GMS	Allg. polit. Stimmung + EU +
65	GMS	Deutsche Einheit / Energiepolitik
65	GMS	Welle 1: Allgemeine polit. Stimmung nach LT-Wahlen, Einstellungen zur Energiepol.
66	GMS	Welle 2: Allg. Polit. Stimmung, Energiepolitik
67	GMS	Welle 3: Allg. polit. Stimmung, Halbjahresbilanz Breg., Europa, Finanzkrise
68	GMS	Welle 1: EU/Euro (April 2012)
69	GMS	Welle 2: EU/Euro (Juli 2012)
70	GMS	Welle 3: Altersvorsorge, Altersarmut, Begriffstest Publikationsangebot Breg
71	GMS	Soziale Gerechtigkeit
72	GMS	Allgemeine politische Stimmung
73	IFD Allensbach	Werte / Freiheit und Ordnung
74	IFD Allensbach	Steuerbelastung und Steuersystem
75	IFD Allensbach	100-Tage-Bilanz der Regierung
76	IFD Allensbach	Verteidigungs-/Außenpolitik
77	IFD Allensbach	Internet und Staat
78	IFD Allensbach	Innovation und wissenschaftlicher Fortschritt
79	IFD Allensbach	Wirtschafts- und Reformklima im Herbst 2010
80	IFD Allensbach	Bildung
81	IFD Allensbach	Zuwanderung

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
82	IFD Allensbach	Jugendgewalt
83	IFD Allensbach	Ökonomische Herausforderungen
84	IFD Allensbach	Verbraucherbedürfnisse, Verbraucherschutz
85	IFD Allensbach	Werte
86	IFD Allensbach	Papst-Besuch, Religiosität
87	IFD Allensbach	Informationsverhalten
88	IFD Allensbach	Steuersystem, Steuergerechtigkeit
89	IFD Allensbach	Bundeswehr, Außenpolitik
90	IFD Allensbach	Soziale Schichten
91	IFD Allensbach	Situation und Zufriedenheit von Arbeitnehmern in Deutschland
92	IFD Allensbach	Perspektiven Euro-Zone
93	IFD Allensbach	Sozialstaat
94	IFD Allensbach	Krise und Perspektiven in der Euro-Zone (II)
95	IFD Allensbach	Kulturelle Identität
96	IFD Allensbach	Energie
97	IFD Allensbach	Staatsverschuldung
98	IFD Allensbach	Risikogefühl und Sicherheitsbedürfnis
99	IFD Allensbach	Reaktionen der Bürger auf die Entwicklungen in der Euro-Zone
100	IFD Allensbach	Steuersystem, Steuerpolitik
101	IFD Allensbach	Entwicklung Euro-Zone
102	IFD Allensbach	Staatsverschuldung
103	IFD Allensbach	Lebensqualität

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
104	IFD Allensbach	Zuwanderung
105	IFD Allensbach	Regierungsbilanz, Euroklima
106	IFD Allensbach	Informationsverhalten
107	IFD Allensbach	Euroklima
108	IFD Allensbach	Föderalismus
109	Infratest dimap	Wichtigste Medienereignisse, wöchentlich
110	TNS Infratest	Jugend und Politik (qualitative Vorstudie)
111	TNS Infratest	Integration
112	TNS Infratest	Jugend und Politik (quantitative Studie)
113	TNS Infratest	Migrantenstudie
114	TNS Infratest	Ältere Arbeitnehmer
115	TNS Infratest	Türkischstämmige
116	TNS Infratest	Singles
117	TNS Infratest	Politische Netzaktivisten
118	TNS Infratest	Familie und Alleinerziehende
119	TNS Infratest	Familien (quantitative Befragung)
120	TNS Infratest	Studierende 2013
121	TNS Infratest	Stadt vs. Land
122	polis	Regierungshandeln auf dem Weg aus der Krise2
123	polis	Sozialstaat in der Schiefelage
124	polis	Vertrauen in die Politik
125	polis	Vertrauen in die Politik

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
126	polis	Deutschland in 20 Jahren
127	polis	Deutschland in 20 Jahren
128	polis	Pflege
129	polis	Demographischer Wandel
130	polis	Demographischer Wandel II
131	polis	Bürgerbeteiligung
132	polis	Europa-Monitor (qualitativ, quantitativ, integriert)

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **7.895.319 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer).

Bezeichnung des Auftraggebers: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
1	Wbpr Berlin, Schumannstraße 5, 10117 Berlin	Im Rahmen einer Umfrage sollte ein Meinungsbild erlangt werden, was die Bevölkerung unter „individualisierter Medizin“ versteht. Befragung und Nutzung der Erhebung war eingebettet in die Fachkommunikation Gesundheitsforschung (Veröffentlichung des Aktionsplans Individualisierte Medizin)
2	Wbpr Berlin, Schumannstraße 5, 10117 Berlin	Im Rahmen einer Umfrage sollte ein Meinungsbild erlangt werden, wie die Meinung bzw. das Wissen der Bevölkerung zu „Gesunder Ernährung“ ist. Befragung und Nutzung der Erhebung war eingebettet in die Fachkommunikation Gesundheitsforschung (Veröffentlichung des Aktionsplans Präventions- und Ernährungsforschung)
3	forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH	<p>Im Rahmen von Fachaufgaben für die Wissenschaftskommunikation: Wissenschaftsjahr 2011 – „Wie die Deutschen mit EHEC umgehen“ [Bevölkerungsumfrage zur EHEC-Krise] „Cholesterin – Das Populäre Unbekannte“ [Bevölkerungsumfrage zum bundesweiten Aktionstag des Cholesterins] „Schlaf ist für viele ein Geheimnis“ [Bevölkerungsumfrage zum Tag des Schlafes] „Hepatitis – das verkannte Risiko“ [Bevölkerungsumfrage zum Welt-Hepatitis-Tag] „COPD (Chronic Obstructive Pulmonary Disease) nahezu unbekannt“ [Bevölkerungsumfrage zum deutschen Lungentag] „Mehr Aufklärung über Schlaganfälle erforderlich“ [Bevölkerungsumfrage zum Weltschlaganfalltag] Diabetes – das unterschätzte Risiko“ [Bevölkerungsumfrage zum Welt-Diabetes-Tag]</p>

Umfrage: Laufende Nummer	Beauftragtes Unternehmen	Fragestellung (en)
4	forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH	Im Rahmen von Fachaufgaben für die Wissenschaftskommunikation: Wissenschaftsjahr 2012 - „Viele Deutsche wissen nicht, was Nachhaltigkeit ist“ [Nachhaltigkeit] „Deutsche wollen durch bewussteren Lebensmittelkonsum mehr Wasser sparen“ [Wasser und Nahrungssicherheit] Handy-Nutzung und Rohstoff-Ressourcen
5	forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH	Im Rahmen von Fachaufgaben für die Wissenschaftskommunikation: Wissenschaftsjahr 2013 „Flexible Ausgestaltung der Lebensarbeitszeit, berufliche Auszeiten und berufliche Weiterbildung“ „Altersbilder in den Medien und der Medienberichterstattung“ „Technik-Akzeptanz und Technik-Nutzung im Alter“

Die Gesamtkosten betragen für die 17. Legislaturperiode insgesamt **105.126,39 Euro** (einschließlich Umsatzsteuer)

Die Kosten für sämtliche Aufträge der genannten Auftraggeber betragen insgesamt: **11.630.075,70 Euro.**

16. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Gegen wie viele Ausländerinnen und Ausländer ist im Jahr 2013 eine Ausweisungsverfügung ergangen (bitte Gesamtzahl und jeweils für die wichtigsten 15 Herkunftsstaaten angeben)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 25. August 2014

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

2013 insgesamt	3.913
darunter Herkunftsstaaten:	
Türkei	407
Serbien	339
Kosovo	223
Albanien	216
Vietnam	152
Mazedonien	139
Marokko	137
Algerien	133
Ukraine	126
Bosnien-Herzegowina	126
Indien	116
Russische Föderation	106
Georgien	97
Pakistan	94
Nigeria	89

17. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie würden sich die durchschnittlichen Versorgungsbezüge eines Empfängers bzw. einer Empfängerin von Ruhegehalt in Höhe von monatlich 2 820 Euro (Januar 2013) verändern, würde der Nachhaltigkeitsfaktor auch auf die Pensionen übertragen, und wie würden sich die so ermittelten durchschnittlichen Versorgungsbezüge unter Einschluss einer möglichen Übertragung der sog. Mütterrente von der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Beamten- und Soldatenversorgungsrecht entwickeln?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Günter Krings
vom 25. August 2014**

Die Unterschiedlichkeit der Alterssicherungssysteme bedingt systemadäquate Lösungen. Der Bund hat bereits unterschiedliche nachhal-

tigkeitsgewährleistende Instrumente in die Beamtenversorgung integriert. Hierzu gehören die Einführung einer Versorgungsrücklage zur Haushaltsentlastung (im Jahr 1999) und die Umstellung der Systemfinanzierung auf Kapitaldeckung für die ab dem Jahr 2007 eingestellten Beamtinnen und Beamten. Auch führt der Bund die Maßnahmen des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 konsequent weiter. Hieran wird deutlich, dass der Bund für eine nachhaltige Finanzierung der Beamtenversorgung bereits systemkonforme Wege beschritten hat und weiter verfolgt (vgl. dazu den Fünften Versorgungsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 17/13590 vom 10. Mai 2013, insbes. S. 24, 25). Durch die Fortsetzung der Zuführungen zur im Jahr 1999 eingeführten Versorgungsrücklage wird im Bund die sog. zweite Stufe der Rentenreform 2001 auf die Beamtenversorgung übertragen, obwohl die zweite Stufe der Rentenreform 2001 in der gesetzlichen Rentenversicherung selbst nie wirksam wurde; an deren Stelle trat im Jahr 2004 vielmehr der sog. Nachhaltigkeitsfaktor.

Übertragen auf die angesprochene Veränderung der Versorgungsbezüge bedeutet dies, dass bei jeder Versorgungsanpassung im Bund gegenüber einer Eins-zu-eins-Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes 0,2 Prozentpunkte weniger an die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ausgeschüttet und dem Versorgungsfinanzierungsinstrument der Versorgungsrücklage des Bundes zugeführt werden (vgl. § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes – BBesG). Bei den Bezügeanpassungen zum 1. Januar 2013 und 1. August 2013 aufgrund des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2012/2013 wurden die Versorgungsbezüge dementsprechend nicht um jeweils 1,4 Prozent, sondern um 1,2 Prozent erhöht (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9875). Für die Anpassung zum 1. März 2014 und zum 1. März 2015 aufgrund des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2014/2015 wiederholt sich dieser Mechanismus (vgl. Bundestagsdrucksache 18/1797). Im Gegensatz zu der bei den Pensionen stets anpassungsmindernd wirkenden Zuführung zur Versorgungsrücklage hat der Nachhaltigkeitsfaktor bei der Rentenanpassung in den vergangenen Jahren auch anpassungssteigernde Wirkungen entfaltet, zuletzt im Jahr 2012 sogar mit über 2 Prozentpunkten.

Über die Frage der Übertragung der sog. Mütterrente auf die Beamten- und Soldatenversorgung hat die Bundesregierung noch keine Grundsatzentscheidung getroffen. Deshalb können hierzu auch noch keine konkreten Details genannt werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter
Joachim Poß
(SPD)
- Mit welcher Begründung wird die kommunale Finanzkraft in den Finanzausgleich unter den Ländern mit 64 Prozent einbezogen (vgl. Finanzausgleichsgesetz), obwohl die zugrunde liegenden gutachterlichen Berechnungen bereits im Jahr 2001 erstellt worden waren?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 25. August 2014**

Nach Ansicht der Bundesregierung bewegt sich die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft mit einem Prozentsatz von 64 Prozent nach wie vor im Rahmen der vom Grundgesetz, vom Bundesverfassungsgericht und vom Maßstäbengesetz zur Berücksichtigung der Finanzkraft und des Finanzbedarfs der Gemeinden vorgegebenen Grundsätze.

19. Abgeordneter **Joachim Poß** (SPD) Hat die Bundesregierung eine Aktualisierung der Gutachtenergebnisse in Auftrag gegeben?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 25. August 2014**

Die Bundesregierung hat keine Aktualisierung der Gutachtenergebnisse in Auftrag gegeben.

20. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), dass eine geordnete Abwicklung der US-Operationen der Deutschen Bank AG nicht möglich ist (bitte begründen), und welche Konsequenzen zieht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) aus den Untersuchungen in den USA?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 27. August 2014**

In den Vereinigten Staaten von Amerika werden Abwicklungspläne im Rahmen des Dodd-Frank Act auf zwei Ebenen behandelt:

Nach „Title I“ sind Banken oberhalb gewisser Schwellenwerte aufgefordert zu prüfen, ob sie nach allgemeinem US-Insolvenzrecht (U. S. Bankruptcy Code) abgewickelt werden können, ohne dabei die Finanzmarktstabilität der Vereinigten Staaten zu gefährden. In Verbindung mit dieser Prüfung ist die FDIC zu dem Ergebnis gekommen, dass die US-Operationen der Deutschen Bank AG nicht nach dem U. S. Bankruptcy Code abgewickelt werden können, ohne die Finanzmarktstabilität der Vereinigten Staaten zu gefährden. Zu dieser Einschätzung sind die US-Behörden nicht nur in Bezug auf die Deutsche Bank AG, sondern in Bezug auf alle untersuchten elf großen Banken gekommen. Zu Einschätzungen von Behörden anderer Staaten nimmt die Bundesregierung grundsätzlich nicht Stellung.

Da global systemrelevante Banken in großem Umfang grenzüberschreitende Geschäfte betreiben, entwickeln die Abwicklungs- bzw. Aufsichtsbehörden im Heimat- bzw. Gastland gemeinsam, im Rahmen von Krisenmanagementgruppen (CMG), einen globalen Abwicklungsplan, um eine Abwicklung nach bankenspezifischen Abwicklungsregeln („Title II“) zu ermöglichen. Dieses Verfahren wird derzeit unter Federführung der Heimatlandbehörde (derzeit die BaFin) bearbeitet.

21. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die BaFin, vor dem Hintergrund der Bekanntgabe der FDIC vom 5. August 2014, dass die FDIC Wege für mehr Transparenz der „living wills“ auslotet, erhöhte Transparenz auch für die ihr vorliegenden bzw. von ihr entwickelten Sanierungs- und Abwicklungspläne für prinzipiell wünschenswert bzw. unternimmt sie diesbezüglich Schritte, und wäre hierfür eine Änderung des § 47i des Gesetzes über das Kreditwesen erforderlich?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Michael Meister
vom 27. August 2014

Grundsätzlich befürwortet die BaFin Transparenz und Publizität als Faktor zur Schaffung von Marktdisziplin. Die BaFin ist aber der Ansicht, dass externe Transparenz nicht angezeigt ist, wenn dadurch die Erreichung des regulatorischen Zwecks gefährdet oder nicht mehr möglich wäre. Die Vertraulichkeit der Sanierungs- und Abwicklungspläne sichert die Erreichung von Sinn und Zweck eines solchen Plans, im Bedarfsfall eine erfolgreiche Sanierung bzw. Abwicklung zu erreichen und gleichzeitig den Einsatz von Steuergeldern zu verhindern.

Ein realistischer Sanierungsplan enthält eine Vielzahl schutzbedürftiger Informationen. Das betrifft insbesondere die verfügbaren Handlungsoptionen sowie die Auswirkungen von bestimmten Belastungsszenarien auf das Kreditinstitut. Wenn Markt und Wettbewerber die Sanierungspläne kennen, können sie auch erkennen, dass eine Bank bestimmte Maßnahmen unter Zugzwang durchführt (zum Beispiel den Verkauf von Tochtergesellschaften, Geschäftsbereichen oder Portfolien sowie Kapitalerhöhungen). Hierdurch könnte ein Preisdruck entstehen, der sowohl den Wert der Handlungsoption erheblich einschränken als auch die Fähigkeit des Kreditinstituts, sich aus eigener Kraft aus der Krise zu befreien, deutlich reduzieren würde. Nicht auszuschließen ist, dass allein durch die Kenntnis des Markts von Szenarien, bei denen ein Institut für sich den Eintritt in die Sanierungsphase annimmt, das Institut als Sanierungsfall erachtet und ihm damit das Vertrauen entzogen wird, was eine Sanierung erheblich erschweren oder sogar unmöglich machen könnte. In der Folge könnte hieraus ein zuvor vermeidbarer Abwicklungsfall entstehen. Gleiches gilt für die von der Abwicklungsbehörde zu erstellenden Abwicklungspläne.

Nach Auffassung der BaFin ist eine Ausweitung der Transparenz- bzw. Publizitätsvorschriften daher nicht angezeigt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

22. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Herstellung der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit von Bulgaren und Rumänen zum 1. Januar 2014 auf den deutschen Arbeitsmarkt und die deutschen Sozialversicherungssysteme angesichts dessen, dass nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit („Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt“ – Juli 2014) sowie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung („Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien“ – Juli 2014) seitdem
- die Zahl der in Deutschland Beschäftigten aus Bulgarien und Rumänien stärker gestiegen ist (+ 81 000 = + 52 Prozent) als der reine Zuzug aus beiden Ländern (+ 63 000 = + 36 Prozent),
 - die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Bulgarien und Rumänien gegenüber dem Vorjahr um 54 Prozent auf 176 000 Personen gestiegen ist,
 - sich die Beschäftigtenquote von Bulgaren und Rumänen in Deutschland um 11 Prozent (auf 58 Prozent) und die Erwerbsquote insgesamt um 5 Prozent (auf nunmehr 78 Prozent) erhöht hat,
 - die Arbeitslosenquote für Bulgaren und Rumänen im selben Zeitraum um 2,3 Prozent gesunken ist,
 - die Bezugsquote von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) durch Bulgaren und Rumänen weiterhin um 3,4 Prozent unter der Quote bei der nicht-deutschen Bevölkerung insgesamt liegt,
- und welche neuen statistischen Erkenntnisse hat die Bundesregierung seit ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland“ (Bundestagsdrucksache 18/1112) hinsichtlich des Sozialleistungsbetrugs durch Bulgaren und Rumänen (bitte nach Leistungen aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen
vom 27. August 2014**

Die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die nach Deutschland zuzieht, übt ihr Freizügigkeitsrecht in Übereinstimmung mit den geltenden nationalen und europäischen Regeln aus.

Die Beschäftigungssituation von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen in Deutschland hat sich seit der Herstellung der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit überwiegend positiv entwickelt:

- Seit dem 1. Januar 2014 hat die Zahl der in Deutschland lebenden Bulgaren und Rumänen nach Angaben des Ausländerzentralregisters um rund 63 000 Personen zugenommen (Stand Juni 2014). Diese Bevölkerungsgruppe wuchs damit im Vergleich zum Vorjahr um 36 Prozent.
- Nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit stieg die Zahl der Beschäftigten mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit von rund 137 000 Personen im Dezember 2013 auf rund 240 000 Personen im Mai 2014. Dies ist ein Anstieg um rund 103 000 bzw. 76 Prozent. Von Mai 2013 bis Mai 2014 ergab sich ein Anstieg von rund 82 000 Personen bzw. 52 Prozent.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Rumänen und Bulgaren in Deutschland lag nach hochgerechneten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im Mai 2014 bei rund 176 000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Mai 2013 ist dies ein Zuwachs von rund 62 000 Personen bzw. 54 Prozent.
- Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) betrug die Beschäftigungsquote (Anteil der Anzahl abhängig Beschäftigter an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) von Rumänen und Bulgaren 58 Prozent. Dies ist ein Zuwachs um 9 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahresmonat Mai 2013, in dem die Beschäftigungsquote noch bei 49 Prozent gelegen hatte. Die Erwerbsquote wird für Mai 2014 auf 73 bzw. 78 Prozent geschätzt.
- Nach der vom IAB berechneten Arbeitslosenquote zur Basis der abhängig Beschäftigten lag die Arbeitslosigkeit von Personen mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit im Mai 2014 bei rund 8,8 Prozent und ist somit gegenüber Januar 2014 um 2,3 Prozentpunkte gesunken.
- Mit der Zunahme der Bevölkerung aus Rumänien und Bulgarien ist auch die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger im SGB II aus diesen Staaten im Vorjahresvergleich deutlich gestiegen (von rund 35 000 Personen im April 2013 auf rund 59 000 Personen im April 2014 bzw. um 66 Prozent).
- Die SGB-II-Leistungsbezieherquote von Rumänen und Bulgaren in Deutschland lag nach Angaben des IAB im April 2014 bei rund 12,9 Prozent. Damit liegt die Quote um 3,4 Prozentpunkte niedriger als die entsprechende Quote für die gesamte ausländische

Bevölkerung (April 2014: 16,3 Prozent), aber höher als bei den EU-8-Staatsangehörigen (11,3 Prozent) und deutlich über der Quote der Gesamtbevölkerung in Deutschland (März 2014: 7,5 Prozent).

Der Bundesregierung liegen aus den in der Antwort zu der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland“ (Bundestagsdrucksache 18/1112) genannten Gründen keine über die dort genannten Angaben hinausgehenden statistischen Erkenntnisse in Bezug auf den Gesamtkomplex vor.

Ergänzend zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/1112 können lediglich die Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2013 genannt werden. Auf der Grundlage der statistischen Angaben aus der PKS können für den Deliktsbereich des Sozialleistungsmisbrauchs keine bundesweiten Aussagen getroffen werden, auch weil die Daten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung (FKS) nicht in die PKS einfließen. Eine Auswertung der von der FKS bearbeiteten Fälle nach Nationalitäten erfolgt jedoch nicht und ist auch künftig nicht vorgesehen.

In der PKS werden lediglich die wenigen Fälle des Sozialleistungsbetruges abgebildet, die der Polizei bekannt werden. Für das Jahr 2013 sind in der PKS in Sachen „Betrug zum Nachteil von Sozialversicherungen und Sozialversicherungsträgern (Schlüsselnummer 517700)“ zehn bulgarische und 50 rumänische Tatverdächtige sowie zum „(sonstigen) Sozialleistungsbetrug (soweit nicht unter Schlüssel 5177 zu erfassen; Schlüsselnummer 517800)“ 44 bulgarische und 91 rumänische Tatverdächtige erfasst. Auf der Grundlage der Daten aus der PKS sind daher keine belastbaren Aussagen zu diesem Deliktsbereich möglich.

23. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wie definiert die Bundesregierung den Personenkreis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen hoher körperlicher und psychischer Belastungen die Regelaltersgrenze nicht erreichen können, und wie könnte eine arbeits- und sozialrechtliche Flankierung ausgestaltet werden, um zu verhindern, dass eben dieser Personenkreis drastische Renteneinbußen in Kauf nehmen muss?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 25. August 2014

Die Anhebung der Regelaltersgrenze erfolgt stufenweise und über einen langen Zeitraum hinweg. Erst im Jahr 2029 wird sie bei 67 Jahren liegen. Es besteht somit eine lange Übergangszeit, die es für Veränderungen der Rahmenbedingungen zu nutzen gilt.

Der demographische Wandel ist nur einer der Gründe für die dringende Notwendigkeit, das Risiko, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz vorzeitig verlassen müssen, zu verrin-

gern. Zu den beiden größten Herausforderungen in diesem Zusammenhang zählen die Schaffung moderner und gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen und die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um diese beiden Ziele zu erreichen, sind vonseiten der Arbeitgeber und Verwaltungsbehörden noch große Anstrengungen erforderlich, die durch die Sozialpartner unterstützt werden können. Die Bundesregierung unterstützt diese Anstrengungen durch verschiedene Initiativen und Programme (z. B. die Initiative Neue Qualität der Arbeit).

Von Versicherten mit langjähriger, oftmals belastender Berufstätigkeit und besonderen Personengruppen ist im Zusammenhang mit der Altersgrenzanhebung immer wieder mit unterschiedlichen Begründungen gefordert worden, die Altersgrenze für sie weiter herabzusetzen oder unter erleichterten Bedingungen Altersrente zu zahlen. Bei der Prüfung solcher Forderungen musste immer wieder festgestellt werden, dass die jeweils in Betracht kommende Personengruppe nur äußerst schwierig abzugrenzen und der Ausschluss vergleichbarer Personengruppen kaum zu rechtfertigen wäre, so dass mit einer ständigen Ausweitung gerechnet werden müsste. Auch die Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme kam im Jahr 2003 zu dem Schluss, dass eine klare Definition und Abgrenzung der Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind, kaum möglich ist.

Sofern im Zuge der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre Handlungsbedarf für bestimmte Berufsgruppen gesehen wird, sind die Sozialpartner aufgerufen, differenzierte betriebs- und branchenbezogene Regelungen zu schaffen. Die Sozialpartner kennen die spezifischen Interessen dieser Personengruppen und haben im besonderen Maße die Möglichkeit und Verantwortung, diese zu berücksichtigen.

Für Menschen, die lange gearbeitet haben, aber nicht bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze erwerbstätig sein können, weil bei ihnen schon vorher eine Erwerbsminderung eingetreten ist, gibt es zudem bereits heute folgende Sonderregelung: Obwohl das Referenzalter für die Berechnung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten langfristig auf 65 Jahre angehoben wird, verbleibt es für Versicherte mit 35 Pflichtbeitragsjahren bei dem bisherigen Referenzalter von 63 Jahren. Das heißt, dass bei Zurücklegung der erforderlichen Anzahl an Pflichtbeitragsjahren die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ab dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Anspruch genommen werden kann.

24. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung – auch vor dem Hintergrund der im Rahmen der Verabschiedung des Antikorruptionsaktionsplans der G20-Staaten vom November 2010 getätigten Ankündigung, man werde „bis Ende 2012 Regeln zum Whistleblowerschutz erlassen und umsetzen“ (vgl. Annex III zur Erklärung des G20-Gipfels von Seoul, Nummer 7) – die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Prüfung der Frage, ob beim Hinweisgeberschutz internationale Vorgaben hinreichend

umgesetzt sind, bereits vorgenommen, und wenn ja, was ist das Ergebnis dieser Prüfung?

25. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung derzeit die Vorlage einer gesetzlichen Regelung, die das Ziel verfolgt, den Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern zu verbessern?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen
vom 29. August 2014**

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD enthält folgende Vereinbarung zum Hinweisgeberschutz: „Beim Hinweisgeberschutz prüfen wir, ob die internationalen Vorgaben hinreichend umgesetzt sind.“ Zur Klärung eines möglichen Handlungsbedarfs wird untersucht, ob das deutsche Recht internationalen Übereinkommen oder Empfehlungen entspricht. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Verteidigung**

26. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, sich an der UN-Mission MINUSCA in der Zentralafrikanischen Republik zu beteiligen (bitte detailliert Ausrüstung und Personal aufschlüsseln), und wenn ja, in welchem Umfang wird für die EU-geführte Mission EUFOR RCA abgestelltes Personal entsprechend übertragen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 28. August 2014**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 10. April 2014 mit Resolution 2149 (2014) die Einrichtung der VN-Friedensmission MINUSCA (Mission multidimensionnelle intégrée de stabilisation des Nations unies en Centrafrique) unter Kapitel VII der VN-Charta beschlossen. Seitdem hat diese VN-Mission erste Aufgaben im zivilen Bereich übernommen (z. B. Unterstützung für die Durchführung des Übergangsprozesses, Erleichterung der sofortigen, vollständigen, sicheren und ungehinderten Erbringung humanitärer Hilfe).

Ab dem 15. September 2014 sollen die Kräfte der afrikanisch geführten Mission MISCA (Mission internationale de soutien à la Centrafrique sous conduite africaine) in die VN-Mission MINUSCA über-

führt werden. Damit soll MINUSCA Aufgaben im Peacekeeping-Bereich übernehmen.

Eine deutsche Beteiligung an der Mission MINUSCA ist derzeit nicht geplant. Der Bundesregierung liegt bisher auch kein Unterstützungsersuchen der Vereinten Nationen vor. Deutschland unterstützt jedoch Kamerun bei der Ausstattung seines für den Einsatz bei MINUSCA vorgesehenen Kontingentes in Form einer Länderabgabe von 120 geländegängigen Fahrzeugen aus Beständen der Bundeswehr.

Derzeit haben auf europäischer Ebene erste Beratungen zur Zukunft des europäischen Engagements nach Beendigung der Überbrückungsmission EUFOR RCA begonnen. In diesem Zusammenhang ist noch keine abschließende Positionierung der Bundesregierung erfolgt.

27. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann plant die Bundeswehr, den Stützpunkt Termez in Usbekistan auch im Hinblick auf eine mögliche ISAF-Nachfolgemission zu nutzen (bitte unter Angabe der dadurch entstehenden einsatzbedingten Zusatzausgaben für den Stützpunkt Termez nach Jahren darstellen), und sind Ablösezahlungen an die usbekische Regierung vereinbart, wenn der Standort durch die Bundeswehr nicht weiter genutzt wird?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Ralf Brauksiepe
vom 28. August 2014

Deutschland hat aktuell grundsätzliches Interesse bekundet, an der Nutzung des Strategischen Lufttransportstützpunktes Termez während einer ISAF-Nachfolgemission Resolute Support festzuhalten. Dazu befindet sich die Bundesregierung gegenwärtig in Verhandlungen mit der usbekischen Regierung.

28. Abgeordneter
**Dr. Alexander S.
Neu**
(DIE LINKE.)
- Wird das NATO-Manöver Rapid Trident 2014 wie nach bislang vorliegenden Erkenntnissen geplant vom 11. bis 28. September 2014 auf dem Truppenübungsplatz bei Javoriv in der Ukraine stattfinden, und welche Staaten werden sich daran beteiligen (bitte unter Angabe der jeweiligen Truppenstärken und Fähigkeiten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 25. August 2014**

Die Durchführung der Übung Rapid Trident 2014 ist weiterhin für den Zeitraum vom 11. bis 28. September 2014 im Raum Lviv in der westlichen Ukraine geplant.

Bei der Übung handelt es sich nicht um eine Übung der NATO, sondern um eine jährlich stattfindende Übung im Geiste von Partnership for Peace, die die Ukraine in Zusammenarbeit mit den USA unter Einbindung weiterer multinationaler Partner durchführt.

An Rapid Trident 2014 sollen insgesamt ca. 1 200 Soldatinnen und Soldaten aus 14 Nationen (Aserbaidschan, Bulgarien, Kanada, Großbritannien, Georgien, Spanien, Litauen, Lettland, Moldau, Norwegen, Polen, Rumänien, USA, Ukraine) teilnehmen. Dabei ist die Ukraine mit ca. 600 Soldatinnen und Soldaten der größte Übungsteilnehmer. Die USA, Rumänien und Großbritannien nehmen mit je einer Kompanie (ca. 100 bis 120 Soldatinnen und Soldaten), Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Litauen, Polen und Moldau jeweils in Zugstärke (ca. 30 bis 60 Soldatinnen und Soldaten) an der Übung teil. Die übrigen Staaten entsenden Einzelpersonal.

29. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.) In welcher Form wird sich Deutschland an diesem Manöver beteiligen (bitte unter Angabe der Truppen- bzw. Personalstärke und der Fähigkeiten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 25. August 2014**

Deutschland beabsichtigt, sich mit Einzelpersonal (insgesamt vier Teilnehmer) in Stabsfunktionen (als Übungsauswerter und logistisches Fachpersonal) an der Übung zu beteiligen. Über die tatsächliche Umsetzung dieser Absicht ist noch nicht abschließend entschieden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

30. Abgeordnete **Birgit Wöllert** (DIE LINKE.) Inwiefern könnte eine Meldepflicht nach § 6 oder § 7 des Infektionsschutzgesetzes für Lyme-Borreliose bzw. auslösende Borrelia-Arten nach Ansicht der Bundesregierung die diesbezügliche epidemiologische Datenlage in Deutschland verbessern, und inwiefern hält die Bundesregierung dies für wünschenswert?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ingrid Fischbach
vom 26. August 2014**

Nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) besteht weder eine Pflicht der Ärztin bzw. des Arztes nach § 6 IfSG zur Meldung von Lyme-Borreliose noch eine Pflicht für Labore nach § 7 IfSG zur Meldung von Nachweisen des Krankheitserregers (*Borrelia burgdorferi*) an das Gesundheitsamt. Eine gesetzliche Verpflichtung der Ärztinnen und Ärzte oder Labore zur Meldung einer bestimmten Krankheit oder eines bestimmten Krankheitserregers setzt voraus, dass diese Meldepflicht ein geeignetes und angemessenes Mittel ist, um damit bestimmte Gesundheitsschutzziele zu erreichen. Namentliche Meldepflichten bestehen im IfSG insbesondere für solche Krankheiten und Krankheitserregernachweise, die ein Handeln der zuständigen Behörde erfordern, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern. Im Fall der Borreliose kann die zuständige Behörde jedoch keine Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Krankheit treffen, da von einem Borreliose-Infizierten keine Gefahr einer Weiterverbreitung der Krankheit ausgeht, so dass die namentliche Meldung der Person an das Gesundheitsamt nicht erforderlich ist. Es sind auch keine Maßnahmen zur gezielten Bekämpfung der Krankheit übertragenden Tieres möglich (wie etwa bei der Tollwut), so dass es auch insoweit keiner Kenntnis der zuständigen Behörde bedarf, in welchen Einzelfällen es zu einer Infektion gekommen ist.

Das Ziel einer gesetzlichen Meldepflicht kann auch darin bestehen, für die Gesundheitsverwaltung epidemiologische Daten bereitzustellen, damit sie Maßnahmen zur allgemeinen Prävention treffen kann. Eine Meldepflicht bei Borreliose oder entsprechendem Erregernachweis würde zwar zusätzliche Daten zur Verbreitung der Krankheit bieten. Die zu erwartenden Daten versprechen aus heutiger Perspektive jedoch keinen zusätzlichen Nutzen, der eine Pflicht zur – insbesondere namentlichen – Meldung rechtfertigen würde. Aus heutiger Perspektive liegen ausreichende Informationen über das Vorkommen der Krankheit vor. Es gibt Einschätzungen zur Verbreitung der Lyme-Borreliose aus wissenschaftlichen Analysen von Krankenkassenabrechnungsdaten. Untersuchungen zur bundesweiten Verbreitung von Lyme-Borreliose bieten auch die serologischen Untersuchungen im Rahmen des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS) und des Erwachsenengesundheits surveys (DEGS). Es ist in Deutschland von einer gleich verteilten Infektionsgefährdung auszugehen, so dass Aufklärungsmaßnahmen über erforderliche präventive Maßnahmen nicht gezielt auf die Bevölkerung bestimmter Regionen zu konzentrieren, sondern an die gesamte Bevölkerung zu richten sind. Einer Meldepflicht zur Ermittlung der regionalen Verbreitung der Krankheit bedarf es daher auch nicht.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

31. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche technischen und finanziellen Gründe sieht die Bundesregierung dafür, dass bei dem neuen von der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH vorgestellten Konzept „Optimierung Gesamtsystem An- und Abflug @ FRA, Modified Arrival Routes (MAR) Stufe 1“, welches am Frankfurter Flughafen zum leiseren Anflug eingeführt werden soll, der entscheidende und sensible Eindrehbereich der Flugzeuge von der Planung ausgenommen wird, und welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dagegen, in diesem Eindrehbereich das weltweit bewährte CDA/CDO-Verfahren anzuwenden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Katherina Reiche
vom 26. August 2014**

Bei MAR handelt es sich um eine Maßnahme, die im Anflugbereich des Flughafens Frankfurt zum Tragen kommt. Sie beinhaltet die weitere Anhebung der Anflughöhe auf den sog. Gegenanflügen mit dem Ziel, startenden Flugzeugen einen kontinuierlichen Steigflug zu ermöglichen. Auf diese Weise werden Lärmemissionen im Anflug sowie unterhalb der Abflugstrecken weiter reduziert.

Die Maßnahme endet an jenem Punkt, an dem die anfliegenden Flugzeuge auf den Endanflug eingedreht werden. Beim parallel unabhängigen Anflugbetrieb, der am Flughafen Frankfurt seit Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest möglich ist, müssen sich Luftfahrzeuge bereits vor Eindrehen auf den Endanflug in festen Höhen befinden – so schreibt es die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) vor. So werden im Anflugbereich Flugzeuge aus dem Süden mit 4 000 Fuß und aus dem Norden mit 5 000 Fuß auf dem Endanflug eingedreht. Auf diese Weise wird der vorgegebene vertikale Sicherheitsabstand von 1 000 Fuß (330 Meter) erreicht. Da sich während des parallel stattfindenden Eindrehvorgangs Flugzeuge auf Gegenkurs befinden, kann der Sicherheitsabstand nur über die vertikale Höhenkomponente sichergestellt werden. Eine weitere Anhebung der Eindrehhöhen ist derzeit nicht realisierbar, da technische Gegebenheiten des Instrumenten-Landesystems (ILS) dies nicht zulassen.

Ebenso endet an diesen benannten Punkten aus dem gleichen Grund der kontinuierliche Sinkanflug (CDO), der am Flughafen Frankfurt bereits seit einiger Zeit in den taktischen Regelbetrieb überführt worden ist und immer dann angewendet wird, wenn es die Verkehrskonstellation zulässt.

Insoweit sind es Vorgaben der ICAO die dazu führen, dass bestimmte geographische (z. B. Eindreh-)Bereiche nicht oder nicht in gleichem Umfang wie andere Bereiche von MAR profitieren.

32. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen teilt die Bundesregierung den Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich nicht, in grenznahen Kreisen auf eine Kontrolle der Plaketten der Pkw-Maut zu verzichten (vgl. Sächsische Zeitung vom 18. Juli 2014, S. 1)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 25. August 2014

Die Kontrolldichte der Infrastrukturabgabe hängt von der konkreten Ausgestaltung des Systems ab, über das innerhalb der Bundesregierung im Einzelnen noch zu entscheiden ist.

33. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche konkreten Erkenntnisse stützt sich die Aussage des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt, dass die Einführung der Pkw-Maut für den so genannten kleinen Grenzverkehr keine Beeinträchtigungen insbesondere für Pendler, die regionale Wirtschaft und den Tagestourismus nach sich ziehen wird (vgl. DER SPIEGEL 29/2014 vom 14. Juli 2014)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 25. August 2014

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geht insbesondere aufgrund der moderaten Preise für Jahresvignetten nicht davon aus, dass die geplante Infrastrukturabgabe negative finanzielle bzw. wirtschaftliche Auswirkungen auf die Grenzregionen haben wird.

34. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die direkte Abfrage von Fahrzeugdaten beim Kraftfahrt-Bundesamt durch Rettungsdienste am Einsatzort nach § 35 Absatz 1a bzw. § 33 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) möglich, und wenn ja, auf welche Weise?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Katherina Reiche vom 26. August 2014

Gemäß § 35 Absatz 1a StVG dürfen die im Zentralen Fahrzeugregister gespeicherten Daten über Beschaffenheit, Ausrüstung und Identifizierungsmerkmale von Fahrzeugen den Zentralen Leitstellen für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst zur Rettung von Unfallopfern übermittelt werden. Laut § 36 Absatz 3c StVG darf die Übermittlung auch durch Abruf im automatisierten Verfahren (ZEVIS-Onlineabruf) erfolgen. Gemäß den bestehenden Rechtsvor-

schriften ist somit für die Rettungsdienste am Einsatzort eine direkte Abfrage nicht zulässig. Rechtlich zulässig ist jedoch eine automatisierte Abfrage durch die Rettungsdienste vor Ort über ihre jeweilige Leitstelle, die wiederum über eine technische Kopfstelle die Daten beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) abrufen. Eine entsprechende technische Lösung ist am Markt verfügbar. Dies setzt – neben einer elektronischen Kommunikationsmöglichkeit zwischen Einsatzkräften vor Ort und ihrer Leitstelle – voraus, dass die entsprechende Leitstelle an das KBA angebunden ist; diese Anbindung hat jedoch erst ca. ein Drittel der rund 300 Leitstellen realisiert.

35. Abgeordneter
**Ingbert
Liebing**
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, dass der Entwurf zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen, mit der u. a. die bedarfsgesteuerte Befuerung von Windkraftanlagen grundsätzlich im Regelfall ermöglicht werden soll, Rechtskraft erlangen wird, nachdem nach meiner Information das Abstimmungsverfahren über den Referentenentwurf bis Mitte August 2014 erfolgt ist?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Katherina Reiche
vom 26. August 2014**

Derzeit befindet sich der Entwurf zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen bis zum 8. September 2014 in der Länder- und Verbändeeteiligung.

36. Abgeordneter
**Carsten
Schneider**
(Erfurt)
(SPD)
- Befürwortet die Bundesregierung die Installation von so genannten Asphaltkrallen als ein Konzept, das vor Falschfahrern schützen soll, und wenn nicht, warum nicht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Katherina Reiche
vom 27. August 2014**

Zur Vermeidung von Falschfahrten insbesondere an Anschlussstellen stehen den für die Planung, den Bau und den Betrieb der Bundesfernstraßen zuständigen Straßenbauverwaltungen der Länder neben den bereits jetzt geplanten Verbesserungen der Markierung und Beschilderung verschiedene bauliche oder technische Maßnahmen zur Vermeidung von Falschfahrten zur Verfügung.

Ein wesentliches Kriterium für die Straßenausstattung ist, dass von einem verkehrstechnischen System keine Gefährdung von Verkehrsteilnehmern ausgehen darf. Eine solche Gefährdung läge durch eine automatisch ausgelöste Blockade einer Ausfahrtrampe durch Krallen

jedoch vor und betreffe nicht nur den Falschfahrer, sondern auch Unbeteiligte. Das auf einer BAB-Rampe stehende manövrierunfähige Fahrzeug würde eine erhebliche Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer darstellen, die anhalten oder ausweichen müssen. Mit dem Aussteigen der Insassen wäre in dieser Situation zudem zu rechnen. Hiermit wären zusätzliche nicht mehr abschätzbare Gefahren für den sicheren Ablauf des Straßenverkehrs verbunden.

Darüber hinaus unterliegen die Mechanik und der Antrieb der Blockadevorrichtung hohen Belastungen durch Lastwechsel unterschiedlicher Fahrzeugmassen bei unterschiedlichen Geschwindigkeiten, durch Tausalz und Verschmutzung sowie unterschiedliche Witterungsbedingungen, welche die Zuverlässigkeit und die Dauerhaftigkeit negativ beeinflussen könnten und einen hohen Wartungs- und Kontrollaufwand erfordern würden.

In den USA werden nach den der Bundesanstalt für Straßenwesen vorliegenden Quellen der Federal Highway Administration (FHWA, US-Straßenbauverwaltung) sowie des National Transportation Safety Board (NTSB, US-Verkehrssicherheitsrat) Krallen nicht als Maßnahmen zur Vermeidung von Falschfahrten empfohlen. Im Gegenteil weist die FHWA darauf hin, dass versuchsweise eingesetzte Krallen in einigen Fällen richtig Fahrenden sowohl die Reifen zerstört als auch zu abrupten Bremsmanövern geführt haben, die bei dichtem Verkehr eine erhebliche Gefahr für nachfolgende Verkehrsteilnehmer darstellten. Als Folge wurden die Krallen zurückgebaut. Eine im Jahr 1989 von der kalifornischen Straßenbauverwaltung durchgeführte Befragung der übrigen Staaten ergab, dass Krallen von der überwiegenden Mehrheit der US-Bundesstaaten nicht befürwortet wurden. Tatsächlich hat kein US-Bundesstaat die Verwendung solcher Krallen an Freeways gemeldet. Zuletzt im Jahr 2012 vorgelegte Studien der FHWA und der NTSB zeigen keine Veränderung dieser Einstellung (www.fhwa.dot.gov/publications/publicroads/02sep/06.cfm und www.nts.gov/news/events/2012/wrong_way_driving/Abstract_Wrong_Way_SIR.pdf sowie www.fhwa.dot.gov/publications/publicroads/12mayjune/05.cfm).

Die Verwendung von Krallen wird daher seitens des BMVI nicht befürwortet.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

37. Abgeordnete **Marianne Schieder** (SPD) Sind der Bundesregierung Planungen der tschechischen Regierung bekannt, ein atomares Endlager in der Nähe des Ortes Manovice bei Klattau zu errichten, und ist sie in diese Planungen eingebunden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter
vom 26. August 2014**

Es ist der Bundesregierung bekannt, dass das tschechische Amt für Nukleare Abfallentsorgung (RAWRA) seit mehreren Jahren im Auftrag der tschechischen Regierung geeignete Standorte für ein nukleares Endlager sucht und auf ihre geologische Eignung untersucht und dass das RAWRA bis zum 31. Dezember 2018 aus sieben geprüften Standorten, darunter auch Manovice, zwei geologisch geeignete Standorte vorschlagen soll, bei denen auch die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung gegeben ist.

38. Abgeordneter **Carsten Schneider (Erfurt)** (SPD) Welche Vorhaben hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) seit dem Jahr 2010 in Erfurt und Weimar gefördert, und welche fördert es derzeit noch (bitte mit Förderhöhe und Förderdauer angeben)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Florian Pronold
vom 26. August 2014**

In Erfurt wurden seit dem Jahr 2010 Zuwendungen an zwei Vorhaben gewährt:

- Urbane Strategien zum Klimawandel – Immobilien- und wohnungswirtschaftliche Strategien und Potentiale zum Klimawandel, (ImmoKlima)-Projektentwicklung der solarenergetischen Siedlung Erfurt Marienhöhe
Laufzeit: 1. Mai bis 31. Dezember 2012
Zuwendungshöhe: 12 000 Euro
- Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere – Jugend belebt Leerstand, Modellvorhaben: Erfurt, Ladebalken, Phase 2
Laufzeit: 27. September 2011 bis 31. Dezember 2012
Zuwendungshöhe: 113 500 Euro.

In Weimar wurden seit dem Jahr 2010 keine Vorhaben bewilligt.

39. Abgeordneter **Carsten Schneider (Erfurt)** (SPD) Können grundsätzlich weitere Vorhaben gefördert werden, und wenn ja, welche Fristen gelten für eine mögliche Aufnahme in die Förderung?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Florian Pronold
vom 26. August 2014**

Das BMUB führt im Rahmen des Ressortforschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ Forschungsmaßnahmen durch, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse im Hinblick auf Handlungsbedarf des Bundes überprüft werden sollen (angewandte Ressortforschung). Im Rahmen des Erkenntnisinteresses des Bundes in diesen Sachbereichen können Vorhaben jeweils nach den vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Mitteln durchgeführt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

40. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Erwägungen und Zwecken fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in den Jahren 2012 bis 2014 mit insgesamt 2,5 Mio. Euro Forschungen zur Multi-Biometrischen Gesichts- und Ohrenerkennung (GES-3D) zur Endverwendung des Bundeskriminalamtes, u. a. mit über 588 000 Euro an den Fachbereich Media der Hochschule Darmstadt sowie mit über 296 000 Euro an die L-1 Identity Solutions AG, die zusätzliche Förderung erhält im Rahmen des BMBF-Projekts APFeL für Videoanalysen möglicher Gefährder auf Flughäfen (vgl. netzpolitik.org vom 26. Februar 2013), obwohl der Bundesnachrichtendienst (BND) bereits im Jahr 2004 jegliche Zusammenarbeit mit jenem Unternehmen wegen dessen vielfacher CIA-Verbindungen (CIA = Central Intelligence Agency) abgebrochen hatte (vgl. www.stern.de vom 5. August 2008), und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass diese Firma in ihre geförderten Produkte keinen versteckten Datenabfluss zugunsten etwa der CIA einprogrammiert und dass generell derartige, als Sicherheitsrisiken erkannte, Unternehmen künftig keinerlei Bundessteuerermittel erhalten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller
vom 27. August 2014**

Das Verbundprojekt „Multi-Biometrische Gesichtserkennung“ (GES-3D) wird innerhalb des Rahmenprogramms der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ durch das BMBF geför-

dert. Der Verbund GES-3D wurde im Rahmen eines wettbewerblichen Verfahrens unter Einbeziehung unabhängiger Gutachter zur Förderung ausgewählt. Auswahlgrundlage war die Anfang des Jahres 2010 veröffentlichte Förderbekanntmachung „Biometrie“, auf die sich mehr als 20 Projektkonsortien mit ihren Forschungsideen beworben hatten. Dem Verbund GES-3D gehören neben dem Unternehmen L-1 Identity Solutions AG noch sechs weitere Partner an. Ziel des Forschungsprojekts GES-3D ist es, ein multibiometrisches System für die Identifizierung von Personen aus Foto- bzw. Videoaufnahmen unter Einsatz dreidimensionaler Gesichtsbilddaten zu entwickeln. Im Erfolgsfall soll daraus ein Werkzeug zur Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden entstehen, mit dem Straftäter auch bei nicht vollständigen Gesichtsaufnahmen von minderer Bildqualität identifiziert werden können.

Die im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ geförderten Projekte sind der anwendungsorientierten Grundlagenforschung zuzuordnen. Dies gilt für GES-3D ebenso wie für das Vorhaben „Analyse von Personenbewegungen an Flughäfen mittels zeitlich rückwärts- und vorwärtsgerichteter Videodatenströme“ (APFel). In diesen Forschungsprojekten werden keine fertigen marktreifen Produkte entwickelt.

Für die Projektergebnisse und die Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind die Projektkonsortien verantwortlich. Sowohl im Forschungsprojekt GES-3D als auch bei APFel wird eine datenschutzkonforme Entwicklung der Systeme durch die Beteiligung von Datenschutzbeauftragten gewährleistet. In das Projekt GES-3D ist das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) als Partner eingebunden. Die Projektbeteiligten sind entsprechend für Belange des Datenschutzes sensibilisiert. Dies entspricht dem interdisziplinären Ansatz des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“, bei den geförderten Forschungsprojekten von Anfang an ethische, sozialwissenschaftliche und rechtliche Fragestellungen mit einzubeziehen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

41. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche mit europäischen und deutschen EZ-Geldern (EZ = Entwicklungszusammenarbeit) finanzierten Projekte wurden nach Kenntnis der Bundesregierung während der aktuellen israelischen Militäroffensive im Gazastreifen zerstört oder beschädigt (bitte einzeln nach Art und Wert des Projektes auflisten), und erwägt die Bundesregierung, Entschädigungszahlungen bei der israelischen Regierung einzuklagen, damit der seit dem Jahr 2006 bestehende Kreislauf von Zerstörung und Wiederaufbau im Gazastreifen durchbrochen wird?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Silberhorn
vom 25. August 2014**

Nach bislang vorliegenden Informationen sind folgende von Deutschland geförderte Einrichtungen in Gaza beschädigt bzw. zerstört worden:

- Vorhaben zur Verbesserung der Abwasserentsorgung in Gaza (Gesamtvolumen der Phase I: 20 Mio. Euro): Beschädigung einer Abwasserpumpstation, Beschädigungen an der rehabilitierten Kläranlage „Sheikh Ajleen“ sowie Beschädigungen am Grundstück der für die zweite Phase des Vorhabens geplanten Kläranlage „East Burej“. Das Klärwerk „Sheikh Ajleen“ ist nach Angaben der lokalen Partner vor Ort noch teilweise betriebsfähig, der Betrieb ist allerdings aufgrund der mangelhaften Energieversorgung teilweise nur bedingt möglich.
- Vorhaben zur Verbesserung der Abfallentsorgung (Gesamtvolumen 468 000 Euro) in Beit Lahia: Eine Transferstation und ein Verwaltungsgebäude wurden beschädigt.
- Von Deutschland unterstützter Bau von Schulen in Gaza im Rahmen des Programms zur Schaffung von Beschäftigung (Gesamtvolumen für die Schulbaukomponente ca. 35 Mio. Euro): Von insgesamt 70 Schulen, die mit dem deutschen Beitrag seit dem Jahr 1996 gebaut oder rehabilitiert worden sind, sind nach bislang vorliegenden Informationen 31 beschädigt worden, vier davon sind so stark beschädigt, dass sie nicht mehr genutzt werden können. Einige der Schulen werden als Notunterkunft für Binnenflüchtlinge genutzt.
- Ein von Deutschland im Rahmen des Programms zur Schaffung von Beschäftigung unterstütztes Marktgebäude in al-Nuseirat (Investitionswert ca. 100 000 Euro) wurde so stark beschädigt, dass es nicht mehr genutzt werden kann.
- Eine von Deutschland unterstützte Gesundheitsstation in Beit Hanoun (Investitionswert ca. 130 000 Euro) ist beschädigt worden (einige Fenster sind geborsten).
- Ein von Deutschland unterstütztes Familienzentrum in Beit Hanoun (Investitionswert ca. 50 000 Euro) wurde zerstört und kann nicht mehr genutzt werden.

Da die Sicherheitslage vor Ort weiterhin extrem angespannt ist, kann derzeit noch keine abschließende Beurteilung zu möglichen Beschädigungen an deutschen Vorhaben sowie zum jeweiligen Grad der Beschädigung erfolgen. Eine Gesamtübersicht kann erst nach einer Verbesserung der Sicherheitslage erstellt werden.

Bislang liegen der EU nach Kenntnis der Bundesregierung noch keine belastbaren Informationen über Beschädigungen von EU-finanzierter Infrastruktur in Gaza vor.

Die Palästinensische Behörde arbeitet mit Unterstützung der Vereinten Nationen, der Weltbank und der EU an einer umfassenden Scha-

densbilanz, soweit dies angesichts der weiterhin angespannten Sicherheitslage möglich ist.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Kampfhandlungen in und um Gaza eingestellt werden. Eine belastbare Waffenruhe ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Gleichzeitig muss jedoch eine dauerhafte Lösung gesucht werden. Die Bundesregierung hat mehrfach die Parteien des Konflikts aufgerufen, angesichts der erschütternden Opferzahlen und Zerstörungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich eine solche Tragödie nicht wiederholt. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den Regierungen von Frankreich und Großbritannien Vorschläge präsentiert, um die von Ägypten initiierten Verhandlungen zu unterstützen.

42. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Nachdem die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2014 die Zuwendungen für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria nach vielen Jahren des finanziellen Stillstandes um 45 Mio. Euro erhöht hat, was sind die politischen und haushalterischen Gründe dafür, dass der Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 die bisherige 200 Mio. Euro vorsieht und die Mittelerrhöhung für das Jahr 2015 somit vollständig rückgängig macht?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Silberhorn
vom 25. August 2014

Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2013 und der dort bei Kapitel 23 02 Titel 896 07 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600 Mio. Euro die Bundesregierung ermächtigt, bei der vierten Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) im Dezember 2013 für die Jahre 2014 bis 2016 jeweils 200 Mio. Euro zuzusagen.

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2014 und des dort bei Kapitel 23 03 Titel 896 07 ausgebrachten Baransatzes in Höhe von 245 Mio. Euro hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung ermächtigt, im Jahr 2014 die Zahlung an den GFATM einmalig auf 245 Mio. Euro zu erhöhen. Dies hat die Bundesregierung im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum Haushalt 2014 sowie später gegenüber dem GFATM auch entsprechend dargelegt. Es handelt sich somit bei dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 nicht um eine Mittelkürzung, da der Gesamtbeitrag an den GFATM für die vierte Wiederauffüllung mit der einmaligen Erhöhung um 45 Mio. Euro im Jahr 2014 insgesamt auf 645 Mio. Euro angehoben wurde.

Der Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2015 setzt in diesem Verständnis auch diese Beschlüsse des Deutschen Bundestages um.

43. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Befürchtung malischer und deutscher Aktivistinnen und Aktivisten, dass großflächige Landakquisitionen in Mali, wie sie aktuell u. a. durch den malischen Großinvestor Modibo Keita mit seiner Firma Société Moulins Modernes du Mali erfolgen (www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=1202&clang=0), die lokale Ernährungssicherheit sowie das Prinzip der partizipativen, nachhaltigen Entwicklung untergraben, und besitzt die Bundesregierung Informationen darüber, ob bei der gewaltsamen Zerstörung von vormaligem Gemeindeland in Sanamadougou und Sahou durch den genannten Unternehmer Baumaschinen zum Einsatz kamen, die mit Geldern der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahr 2014 finanziert wurden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Silberhorn
vom 27. August 2014**

Die Bundesregierung teilt die Sorge, dass illegale Landnahmen die nachhaltige Entwicklung und Ernährungssicherheit negativ beeinflussen. In ihrer Zusammenarbeit mit Mali legt die Bundesregierung im Politikdialog besonderen Wert auf ein transparentes, entwicklungsorientiertes und sowohl die malische Gesetzeslage als auch die Menschenrechte vollumfänglich beachtendes Management der Vorhaben durch die staatliche malische Entwicklungsagentur Office du Niger, in dessen Einflussbereich auch der von Ihnen angesprochene Fall in Sanamadougou und Sahou fällt.

Die Bundesregierung hat bei den Regierungsverhandlungen im Mai 2014 intensive Gespräche mit der malischen Regierung zur Verbesserung des Managements und der Rahmenbedingungen im Office du Niger geführt. Dieser Dialog wird gemeinsam mit anderen Gebern fortgeführt und in Zukunft auch die Thematik der illegalen Landnahmen auf Basis aktueller Fälle verstärkt einschließen.

Die Bundesregierung hat nach interner Prüfung keine Informationen oder Anhaltspunkte, dass durch den Unternehmer Modibo Keita und seine Firma Société Moulins Modernes du Mali bei der Zerstörung von vormaligem Gemeindeland in Sanamadougou und Sahou Baumaschinen zum Einsatz kamen, die aus Geldern der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit finanziert wurden.

Der Unternehmer Modibo Keita unterhält eine Vielzahl von Geschäftskontakten, darunter auch mit der malischen Agrarentwicklungsbank Banque Nationale de Développement Agricole (BNDA), an der die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH im Auftrag der Bundesregierung beteiligt ist. Nach Auskünften der BNDA hat sie in den letzten Jahren zwei Kreditlinien an den Unternehmer Modibo Keita gewährt. Keine von beiden ist jedoch mit Mitteln der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit refinanz-

ziert worden. Im Rahmen der Beteiligung an der BNDA nimmt die Bundesregierung keinen direkten Einfluss auf einzelne Kreditentscheidungen, wirkt aber daran mit, die BNDA in ihrer Rolle als Finanzierer für eine nachhaltige und rechtskonforme Entwicklung in Mali zu stärken.

Insgesamt zielt die Bundesregierung mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit im Schwerpunktbereich Landwirtschaft in Mali insbesondere auf die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie von Kleinunternehmen.

Berlin, den 29. August 2014